

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at

NACH DER KRISE ?

So lautet einhellig der Spruch von Managern, Bossen, Politikern und Gewerkschaftsführern.

Die Krise ist da und die Firmen bauen Personal ab. Gab es in den letzten Jahren zum Teil horrende Gewinne, wird jetzt der Krisenblues gespielt: „Kein Geld da.“ Während die stattlichen staatlichen Pakete zur Absicherung von Banken und Industrie Milliarden verschlingen, bleibt für die ArbeitnehmerInnen „bestenfalls“ Kurzarbeit, oft die Kündigung. Die beiden großen Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS gehen davon aus, dass bis 2010 die Zahl der vorgezeichneten Arbeitslosen um rund 100.000 steigt und die Arbeitslosenrate mit bis zu 8,8 Prozent so hoch sein wird wie seit 1953 nicht mehr.

Trotzdem heißt es: Nach der Krise – erst dann könne man etwas ändern oder gar umverteilen. Eine Vermögenssteuer, eh nur auf den Zuwachs – wo kommen wir da hin? Bestenfalls jetzt diskutieren, aber alles andere – wenn überhaupt – nach der Krise. So nicht nur Finanzminister Pröll, der zwar „Krisenpakete“ für Banken und große Industriebetriebe auf die Schnelle genehmigt, aber alles was ArbeiterInnen, Angestellte, Lehrlinge, Studierende oder PensionistInnen betrifft – „kein Geld da“ schreit. Auch Bundeskanzler Faymann will jetzt keine Vermögenssteuer – erst nach der Krise – eventuell. Auch der frisch gebackene ÖGB-Präsident Foglar will zwar einen „Systemwechsel“, aber erst – er raten – nach der Krise.

... VOR DER KRISE

Nun, gelernte ÖsterreicherInnen wissen, nach der Wahl ist vor der Wahl, so ist auch nach der Krise, vor der Krise. So wurden für die

„Krisenpakete“ für Banken und große Industriekonzerne neue Staatsschulden aufgenommen, die die Masse der Bevölkerung dann zurückzahlen soll. Das heißt unsere Einkommen werden in Zukunft noch mehr sinken, die Steuern weiter erhöht und die Inflation wieder steigen, also die Kosten des täglichen Lebens steigen. Das heißt im Klartext, alle Forderungen und ev. Erleichterungen oder gar Änderungen im Sinne der arbeitenden Menschen werden auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Denn schon jetzt, mitten in der momentanen Krise gehen die Spekulationen munter weiter, gehen die Geschäfte für die Großen weiter wie bisher, schreiben z.B. US-Banken wie Goldman & Sachs (3,44 Milliarden Dollar Nettogewinn im zweiten Quartal 2009) trotz oder gerade wegen der staatlicher Milliardenspritzen Milliarden-Gewinne.

Neben den Banken, Versicherungen und großen Konzernen haben auch bei uns Bund, Länder und Gemeinden kräftig auf Kosten der Allgemeinheit spekuliert. Die Ex-Finanzminister Grasser (FP und dann VP) und Molterer (VP) haben 617 Millionen Euro Steuergelder mittels der Bundesfinanzierungsagentur höchst riskant veranlagt, die im

extremsten Fall auch verloren gehen. Bislang ohne Konsequenz für die Verursacher. Somit haben Politiker, genauso wie Banker und Industrielle, Spekulationsdrecksack am Stecken. Somit wird verständlich, warum von der Politik, vom „Gesetzgeber“ keine wirkliche Maßnahmen gegen „Ihresgleichen“ zu erwarten sind, sitzen sie doch letztlich alle im gleichen Boot – und wir sollen sie alle durch Belastungen auf unserem Rücken herausrudern. Und der Lohn dafür: schon jetzt und erst recht wenn sich die Klasse erholt hat, geht es weiter – mit noch mehr Gefahren für die arbeitenden Menschen.

GOLDENE ZEITEN – FÜR WEN?

So bereiten sich auch die „Börsianer“ auf die Zeit „nach der Krise“ vor. Wie? In ihrem Leibblatt, der „Presse“ beklagen der Präsident der Industriellenvereinigung Veit Sorger und



der Vorstand der Wiener Börse, dass es derzeit keine politische Unterstützung für den Kapitalmarkt gäbe und eine "Sparbüchelmentalität" vorherrsche. Was gemeint ist, und was uns da blüht? Für den ÖVP-Abgeordneten Günter Stummvoll waren die Jahre 2000 bis 2007 goldene Jahre für die Börse durch eine Kapitalmarktoffensive nach der anderen und durch die Privatisierungen der ÖIAG-Betriebe. Sprich: durch Pensions- und Sozialraub und den Ausverkauf des Familiensilbers, wo wir gerade mit der AUA ein weiteres Beispiel erleben. Ähnliches haben diese Kreise auch für die Zukunft vor. So sagt Veit Sorger: "Gerade jetzt wäre die Zeit, bei entsprechender Börsenverfassung an Privatisierungen zu denken. Ich denke da an die unzähligen Möglichkeiten auf Landesebene ..." (Presse, 17.7.09).

STUNDE DER WAHRHEIT: 2010

Inzwischen geht die derzeitige Krise munter weiter und in die nächste Runde. Insofern ist nach der Krise tatsächlich vor der nächsten Krise. So rechnet das Kapitalistenblatt "Die Presse" (14.7.09) vor, dass nächstes Jahr nochmals ein - noch größeres - Bankenhilfspaket als 2008 nötig wird: Österreichs Banken haben rund 600 Milliarden Euro Kredite ausständig, knapp die Hälfte davon in Osteuropa. Gefährdet, das heißt uneinbringlich, seien davon 90 Milliarden Euro!

Da ist es zwar nett, dass die Gewerkschaften für die arbeitenden Menschen eine "Sozialmilliarde" von der Regierung verlangen - und nicht bekommen - besser und zielführender wäre es, jetzt und sofort Spekulationen

zu verbieten, eine Reichensteuer einzuführen und Beschäftigtenschutz statt Profitschutz bei Banken, Versicherungen und Konzernen zu betreiben.

Dazu müssten Politiker und Gewerkschaftsvertreter, die die Interessen der arbeitenden Menschen im Auge haben, darauf hinarbeiten, aufklären und mobilisieren. Andernfalls überlassen sie den Profitmachern und ihren rechten Demagogen das Feld.

Diesem verkrustetem und ineinander verzahnten und von einander abhängigen und von einander profitierenden Establishment aus rot-schwarz-blau-orange-grüner Politikaste, Wirtschaftsbossen und obersten Gewerkschaftsbözen können wir nur selbständig, gemeinsam und solidarisch von unten entgegen treten.

DAS PROFIT-KARUSSELL

"Ene mene muh und drauß bist du." Anscheinend soll nach diesem Motto die kapitalistische Krise bewältigt, sprich auf uns arbeitende Menschen abgeladen werden.

Da dreht sich das Krisenkarussell so schnell, dass einem so schwindelig im Kopf werden kann, dass man dabei den ganzen Schwindel der da betrieben wird, nicht mitbekommen soll. Also lehnen wir uns entspannt zurück und schauen, was da passiert - in Zeitlupe:

Zuerst: Statt geborgtes Geld (von den Sparern und Einlegern) in die Wirtschaft zurückfließen zu lassen (eh nicht gratis, sondern um stattliche Zinsen), nehmen die Banken das Geld und spekulieren am Finanzmarkt, also auf den Börsen, was das Zeug hält (weiter), um sich so und ihren AktionärInnen Zusatzprofite in unvorstellbarem Ausmaß zu sichern.

STAATLICHE GELDWÄSCHE

Dann brechen die Pyramidenspiele zusammen. Die Banken, deren Zweck es wäre, geborgtes Geld weiter zu verborgen, brauchen selber Geld, um überhaupt als Bank weiter existieren (bilanzieren) zu dürfen ("Kernkapitalquote", d.i. Anteil der Eigenmittel an den Risikopositionen der Bank): Die Spekulationsverluste werden großzügig auf Kosten der SteuerzahlerInnen vom Staat abgedeckt über Haftungen und

Direktzahlungen in Milliardenhöhe, so die Bilanzen reingewaschen - staatliche Geldwäsche sozusagen.

Die Banken sind (angeblich) gerettet und zahlen nicht nur ihren ManagerInnen weiter Prämien und Boni aus, sondern auch Dividenden an die AktionärInnen.

Um die Spekulationsverluste der Banken abzudecken, kommt der Staat zur Hilfe, druckt entweder (z. B. USA) neues Geld, was die Inflation antreiben wird, oder nimmt der Staat Geld auf dem Kapitalmarkt auf. Klingt nicht schlecht, außer, dass dafür teure Zinsen zu bezahlen sind, die die Staatsschuld erhöhen und den Spielraum für Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsausgaben einengen und bereits von neuen Steuern und eben Ausgabenkürzungen die Rede ist, die vor allem die arbeitenden Menschen treffen.

WAS PASSIERT?

GroßaktionärInnen von Banken und Versicherungen, wegen derer die Banken spekulierten, um noch mehr Profit zu machen und die üppigen Dividenden zu zahlen an diese Geldgeber, die dieses Geld wiederum aus der Ausbeutung von Beschäftigten

sich angeeignet haben, leihen dem Staat teuer verzinstes Geld, das dieser dann wegen der von diesen Kreisen verschuldeten Finanzmarktkrise, den Banken zu deren Rettung gibt. Zwar müssen die Banken theoretisch das Geld mit Zinsen zurück zahlen, wenn sie aber keine Gewinne schreiben, brauchen sie keine Zinsen an den Staat zu bezahlen.

Der Staat bleibt zumindest auf den Zinsen bzw. auf dem Schuldenberg sitzen und holt sich das bei der Masse der Bevölkerung. Das nennt man dann klassisch: Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste. Da heißt es dann nicht weniger Staat, sondern noch mehr Staat. Pervers aber wahr: Die Verlustabdeckung aus der Spekulationskrise erfolgt durch Schuldenmachen bei den Spekulanten, pardon AktionärInnen bzw. Krisengewinnlern.

FREIBRIEFE FÜR DIE VERURSACHER

Wer ganz und gar ungeschoren bleibt, das sind eben die Verursacher, die Banken, Konzerne und ihre GroßaktionärInnen. Die verdienen durch die Krise noch einmal. Ihr Profitstreben hat zur Krise geführt, und jetzt kassieren

sie nochmals ab. Und die Politik aller Parteien und Farben orientiert sich an den "Großkopfer" statt an denen, von denen sie gewählt werden, den arbeitenden Menschen.

Warum sollen also die Profiteure dieses Karussells etwas an diesem Profitsystem ändern wollen? Die Apelle an die "Unternehmerverantwortung", die so gerne von Firmen- und Politspitzen "kämpferisch" in die Runde geworfen werden, entpuppen sich als Beschwichtigungen und und Beruhigungspillen: Die arbeitenden Menschen sollen nur nicht aufmucken wie in Frankreich oder Griechenland oder gar jetzt ihren Anteil verlangen von den Reichen und grundlegende Änderungen dieses Wirtschaftssystems.

ANDERE POLITIK

Doch nur eine Politik, die sich nicht nur in Worten, sondern in ihren Taten an den Interessen der arbeitenden Menschen orientiert, sich auf die Masse der Bevölkerung stützt und diese mobilisiert, kann wirklich eine Systemveränderung bewirken. Nur Gewerkschaften, die auch das beherzigen und nicht dauernd die "Sozialpartnerschaft" beschwören, obwohl die Unternehmerseite nie eine wirkliche "Partnerschaft" wollte und auch jetzt nicht will, nur solche Gewerkschaften werden etwas erreichen im Sinne der Menschen.

ANDERER WEG

Für uns arbeitende Menschen selbst heißt das, nicht warten bis die hohe Politik oder oberste GewerkschaftsvertreterInnen sich dazu bequem etwas zu sagen, denn wirklich handeln gegen die Unternehmerwillkür tun sie kaum. Daher ist es nötig, sich selbständig und gemeinsam zu organisieren und gemeinsam mit BelegschaftsvertreterInnen aktiv zu werden. Nur so können die Gewerkschaften, deren Spitzen in Worten vorgeben, für uns zu sein, zum unterstützenden Handeln gebracht werden. Dabei müssen wir aufpassen, dass uns das Gesetz des Handelns und in Kämpfen Erreichtes nicht durch "sozialpartnerschaftliche" Vereinbarungen zwischen Unternehmens- und Gewerkschaftsspitze durch die Hintertür wieder aus der Hand geschlagen wird.

SCHATTENWIRTSCHAFT

Nationalbank-Chef Ewald Novotny hat die Milliardenangaben für die Banken verteidigt: "Wir brauchen die Banken, um die Realwirtschaft zu stabilisieren." (Kurier, 7.7.09)

Interessant. Wer will da auf den ersten Blick noch was sagen. Doch beim genauen Hinschauen entpuppt sich die ganze Unverfrorenheit der "Stützen der Gesellschaft", von denen die Nationalbank eine ist und man ja bekanntlich weiß, dass eine Krähe (Nationalbank) der anderen (Banken) kein Auge auspeckt. Also was heißt denn dieser Sager, die Banken-"Hilfspakete" seien nötig, damit sich die Realwirtschaft stabilisiere? Da wird der Block zum Gärtner gemacht bzw. nach alt bewährter Methode "Haltet den Dieb" geschrieen, um von eigentlichen Räuber abzulenken. Die so genannte Realwirtschaft ist ja erst durch die Finanzmarkt Spekulationen der Banken in Schwierigkeiten geraten. Die Spekulationsgeschäfte der Banken haben die Realwirtschaft erst destabilisiert.

VERRÄTERISCH

Wenn Novotny die Kunden der Banken als Realwirtschaft bezeichnet, dann fragt man sich, zu welcher Art von Wirtschaft die Banken zählen. Offenbar in der Diktion des obersten Bankers nicht zur Realwirtschaft, sondern zur virtuellen oder gar zur Schattenwirtschaft? Letzteres dürfte wohl den Nagel am ehesten auf den Kopf treffen.

BANGSTER

Unter vielen Jugendlichen kursiert aber schon ein ganz anderer Begriff: "Bangster" oder "Bankster" – eine Kombination aus den ohnehin nicht schmeichelhaften Begriffen "Banker" und "Gangster".

ZIEMLICH TIEF

Der Kapitalismus kann einem schon kräftig auf den A.... also auf den Allerwertesten gehen – ganz allgemein und oft auch im Besonderen.

Jüngstes Beispiel dafür und auch dass sich die Herren Kapitalisten zu gar nix blöd sind: Ryanair-Chef O'Leary hat allen Ernstes vor, für den Gang auf die Bordtoilette pro Notdurft in Zukunft 1,- Euro zu verlangen. Begründung: "Wir wollen die Passagiere dazu ermuntern, vorher oder hinterher am Flughafen auf die Toilette zu gehen." Also dann, A-Backen und Beine zusammen pressen und durch? Bald wird man vielleicht für's Fliegen gar nix mehr zahlen aber dafür, dass man den Flughafen betreten, die Toilette benutzen, beim Fenster rausschauen, die Stufen zum Flugzeug erklimmen, den Sitz benutzen, die Augen schließen, die Sicherheitshinweise hören, den Kapitän sprechen hören oder der Musik an Bord lauschen darf. Kommt man auch auf 29,- Euro und das Fliegen ist dann "gratis". Anderer Vorschlag: warum sollen die Fluggäste nicht gleich einen eigenen Flugschein vorweisen müssen, das Fliegen und den Service gleich selbst übernehmen – als "neue Selbständige". Hurra es lebe die kapitalistische Zukunftsvision! Geiz ist wirklich geil, besonders mit voller Blase.

LESERBRIEF:



Steueroasen

Vergessen Sie nicht die "geparkten" Vermögen in den Steueroasen. Die Anzahl der Steueroasen hat sich seit 2000 mehr als verzehnfacht, Private haben Billionen USD/EUR, Firmen mehr als das zehnfache "geparkt" - Geld das unbesteuert den Staatshaushalten abgeht - wenn's so weitergeht gehen unsere Gemeinwesen wegen dieser fehlenden Einnahmen bankrott. Zitat aus einem ORF-ECO-Bericht: "Auf abenteuerliche 150.000.000.000.000 (= 150 Billiarden !) Euro wird die Summe an steuer-schonend generiertem Geld geschätzt ..." Da sind die "Verluste" der Krankenkassen, die Zahlungen zur Rettung der Banken und Wirtschaft, etc. einfach nur "Pinatz".

F.S. , NÖ

AUA-AUSVERKAUF

„PLAN B“ IST „PLAN A“

Die AUA gehört seit Mai der Lufthansa. Seit Mitte Juli ist auch der Lufthansa-Chef Mayrhuber AUA Aufsichtsratsboss. Plan „A“, wie Ausverkauf an die Lufthansa, soll durch Plan „B“ erpresst werden. Alles unter – deutscher – Kontrolle!

Weil immer mehr in der Öffentlichkeit durchsickert, was da gespielt wird, hieß es, die Lufthansa könnte sich vom AUA-Kauf zurückziehen, dann würde der „Plan B“ in Kraft treten müssen und das dem Staat, also uns SteuerzahlerInnen, noch 1 Milliarde Euro kosten. Doch die Drohung mit „Plan „B“, dient nur dazu vom österreichischen Staat, von der AUA (Streckenabgaben) und von den AUA-Beschäftigten noch mehr Opfer (Personalabbau und Gehaltseinbußen) erpressen zu können.

Zuvor hatte die Pleite von Laudair, die die AUA mit 600 Millionen bis einer Milliarde Euro belastet und jetzt mit den 500 Millionen-Geschenk für den Ausverkauf an die Lufthansa. Das Ganze wird dann als „Verlust“ der AUA hingestellt – wie schon bei Voest, Post oder Telekom. Und die Politiker aller Parteien und Farben schauen zu und halten still.

VERLUSTE UND „VERLUSTE“

Doch die angebliche „horrenden AUA-Verluste“ sind nur ein Vorwand und wurden direkt gemacht. In Wirklichkeit ging es bei der AUA darum, künstlich ein Krisenbild zu inszenieren, sodass die Lufthansa als „Retter“ und die ÖIAG- und AUA-Manager als „Versager“ hingestellt werden können. Doch die ÖIAG- und AUA-Manager betrieben dieses Spiel mit Zahlen absichtlich und nicht aus Dilletantismus. So wur-

de im Gegensatz zu anderen Fluglinien 2007 und 2008 das damals sehr wohl noch vorhandene Geld u.a. nicht dafür verwendet damals noch billige Treibstoffreserven anzulegen. Stattdessen kaufte man das dann horrend teuer werdende Kerosin am „freien“ Markt ein. Oder es wurden im Dezember 2008 durch entsprechende „Bilanzpflege“ 475 Millionen AUA-Verluste in die Quartalsbilanz geschrieben. Zudem dienten als Vorwand die sog. Internationalen Bilanzierungsregeln. Ohne deren Anwendung hätte die AUA nur ein Viertel der angegebenen „Verluste“.

ABGEKARTETES SPIEL

Somit wird „verständlich“ warum trotz des „Rekordverlusts“ von 429,5 Millionen Euro im Geschäftsjahr 2008, die AUA- und ÖIAG-Manager, die das abwickelten, haben sich schon vorweg selbst hoch belohnt haben dafür. Genau das war der Sinn ihres Tuns, die AUA so darzustellen und herzurichten, dass sie reif erscheinen soll für den „Retter“ Lufthansa. So haben sich die Vorstandsgagen des AUA Managements von 1,4 Mio. Euro auf 2,8 Millionen Euro nahezu verdoppelt. „Werden die gesamten Vorstandsbezüge auf die aktiven Vorstandsmitglieder umgelegt, kassieren die AUA-Vorstände demnach pro Kopf im Durchschnitt über 948.000 Euro, im Vergleich zum Vorjahr (419.000 Euro pro Kopf) mehr als doppelt soviel“, so eine aktuelle AK-Studie über Vorstandsvergütungen und Ausschüttungspolitik der ATX-Unternehmen (April 2009). Und das, obwohl oder gerade weil (?) für die MitarbeiterInnen in Sinne des Herrichtens der AUA für die Lufthansa im „Sparpaket I“ Kurzarbeit, Gehaltseinbußen, im „Sparpaket II“ sogar 1.000 Kündigungen bis Mitte 2010 exeku-

tiert werden und im Sparpaket III bis 2015 nochmals 150 Millionen Euro auf Kosten der AUA-Belegschaft eingespart werden sollen.

NICHT VERGESSEN!

Die Lufthansa bekam den 41 % Staatsanteil der AUA um den offiziellen Kaufpreis eines Einfamilienhauses (366.000 Euro) geschenkt und der österreichische Staat, also die SteuerzahlerInnen, musste als Bedingungen für den Kauf noch als „Mitgift“ eine halbe Milliarde Euro hinlegen. Zuvor hatte ÖIAG-Chef Peter Michaelis, selbst Bezieher eines 700.000 Euro Jahresgehaltes (er hätte also die ÖIAG-Anteile der AUA selbst 2 x kaufen können !!), die Angst verbreitet, dass die AUA ohne Lufthansa zur „Vienna-Air“ verkommen würden. Im April wurden dann bezahlte Zeitungs-Inserate Ähnlichen Inhalts von „Freunden der AUA“ geschaltet. Falsche Freunde könnte man sagen: Aufgrund der Überschneidungen im Flugnetz zwischen AUA und Lufthansa, die ja gerade von der EU-Wettbewerbskommission wegen eines durch die Übernahme entstehenden Monopols auf gewissen Strecken geprüft werden, besteht bei der Lufthansa-AUA-Fusion dann wirklich die Gefahr, dass wohl der kleinere „Partner“ - wie das schon beim Schlucken der Swissair durch die Lufthansa der Fall war – die AUA zu einer Mini-Airline zusammen gestutzt wird. Denn nach Aussagen des ehemaligen Lufthansa-Managers und nunmehrigen AUA-Vorstandes Andreas Bierwirth werden die jetzigen Maßnahmen auch noch nicht das Ende der Fahnenstange der Einsparungen sein, wird die AUA Strecken streichen und die Flotte verkleinern müssen (Kurier, 5.7.09).

NUR NACHTEILE

Damit die Lufthansa die AUA mit 500 Millionen Euro Zuschuss aus Österreich schlucken darf, hat deren Chef, Wolfgang Mayrhuber, der EU zugesagt, die AUA-Kapazitäten um 15 Prozent zu



kürzen und die österreichische Bundesregierung sogar aufgefordert, sich von der EU nicht „einlullen“ zu lassen, sondern sich für den Deal stark zu machen (Kurier, 4.7.09). Das heißt, die „Marktbeschränkung“ der Lufthansa geht einseitig zu Lasten der AUA. Für den größten AUA-Privataktionär, John McGough, wäre „Air France eine Ergänzung zur AUA, die Lufthansa eine Konkurrenz.“ (Kurier, 16.7.09). Dafür, dass die Lufthansa auf Kosten der AUA zum größten Fluganbieter in Europa wird, wird auch noch Geld aus der österreichischen Staatskasse beigesteuert. Zudem droht die AUA unter Umständen Verkehrsrechte außerhalb der EU, die an eine nationale Mehrheit gebunden sind, zu verlieren, gerade weil die Lufthansa die Mehrheit

an der AUA hat! (Kurier, 18.6.09) Wenn dann die AUA-Vorstände lapidar sagen, „wir müssen zu nachhaltig wirksamen Maßnahmen kommen. Das wäre sowie so notwendig geworden, egal in welcher Konstellation, allerdings müssen wir auch wettbewerbsfähiger werden im Lufthansa-Konzern“ (Kronen Zeitung, 3.7.09), dann fragt man sich, wozu die „Krot“ geschluckt?

UNTER DEUTSCHER KONTROLLE

Damit dann Mitte Juli der Lufthansa-Chef in der AUA-Hauptversammlung dann auch wirklich als neuer AUA-Aufsichtsratschef (in Abwesenheit) durchgeboxt werden konnte, wurde zuvor seitens ÖIAG-Chef Michaelis der Plan „B“ ins Spiel gebracht, der

die Insolvenz der AUA ohne Lufthansa an die Wand malte (Presse, 15.7.07).

Für den Schriftsteller Robert Menasse ist „die AUA ein Beispiel dafür, was passiert, wenn man einer wirtschaftlichen Ideologie folgt, die nur auf Profitmaximierung aus ist.“ (Kurier, 5.7.09) Man kann ergänzen, nicht nur bei der AUA: „Die Gagen der heimischen Managerelite steigen trotz sinkender Aktienkurse und Gewinnrückgängen auch im Jahr 2008 weiter an. Die durchschnittliche Vorstandsgage in den von der AK analysierten ATX-Unternehmen liegt 2008 über 1,3 Mio. Euro pro Kopf, das ist das 48-fache (2007: 47-fache, 2006: 45-fache) des durchschnittlichen Bruttobezugs von 27.257 Euro eines Beschäftigten pro Kopf in diesen Unternehmen.“

ÖIAG-BOSS

„HALBTAGSJOB FÜR 700.000 EURO JÄHRLICH“

Kanzler Faymann hat in der ORF-Presserstunde gemeint, dass die ÖIAG aufgelöst gehört und darauf hingewiesen, dass der ÖIAG-Chef (die ÖIAG verwaltet nach dem Ausverkauf von 2000 bis 2007 nur mehr 3 Beteiligungen) für einen Halbtagsjob 700.000 Euro jährlich beziehe. Dem kann man eigentlich nur zustimmen. Konsequenzen gab es aber bis dato keine und der AUA-Ausverkauf geht mit Zustimmung der Politik weiter, ja vielen geht er gar zu langsam. Und mit der Post-AG hat Michaelis und die ÖVP ähnliches vor. So wurde er als neuer Post-Chef der von der deutschen Telekom kommende Georg Pözl bestellt.

Gegen ÖIAG-Chef und AUA-Aufsichtsratsvorsitzenden Peter Michaelis haben die Grünen Strafanzeige erstattet, weil er den Verkauf der AUA zu spät gestartet hätte. Ob da nicht das Pferd von hinten aufgezäumt wird? „Die Aufgabe der ÖIAG ist“, so im Geschäftsbericht 2008, „als Eigentümerin von Unternehmensteilen, deren Werterhalt und -steigerung zu sichern.“ (ÖIAG-Geschäftsbericht 2008, Seite 5) Richtig. Jedoch: Weder frühere (z. B. Voestalpine) noch die jetzige, zum Teil bewusst herbei (herab) gemanagte und für die privaten Unternehmen als Käufer billig und für die (aus-)verkauften Unternehmen und den Staat teuer (d.h. unter dem Wert) durchgeführte Privatisierung entsprechen dem Auftrag der Werterhaltung. Die ÖIAG agiert mit Zustimmung der Politik als Vehicel in- und ausländischer Konkurrenten und zum Schaden der österreichischen SteuerzahlerInnen.

„WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE!“

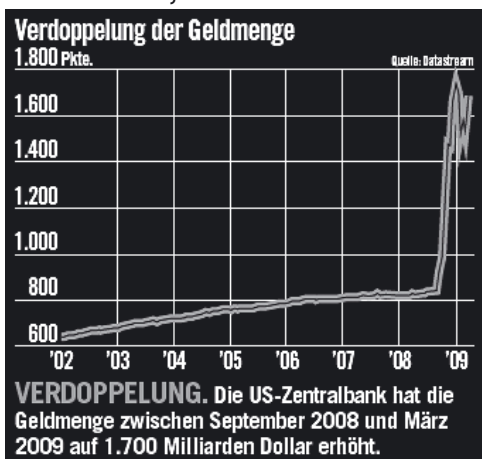
Unter diesem Motto fanden in ganz Europa am 28. März Demonstrationen statt, an denen 10.000de Menschen teilnahmen. Auch in Wien waren es ca. 8.000 Teilnehmer.

Die Aussage „Wir zahlen nicht für eure Krise“ ist als Losung, als Aufforderung zu verstehen. Es muss damit Schluss sein, dass in unserem System bis heute immer die Masse der Menschen über ihre Steuern und Abgaben für die Krisen und ihre Folgen zahlen, während einige wenige Riesenspekulanten, große Konzerne, Großbanken, Versicherungen, Fonds, multinationalen Konzerne zum Teil bis heute gigantische Milliarden Gewinne machen.

„GÜRTEL ENGER SCHNALLEN“

– Kurzarbeit, Lohndumping, Arbeitslosigkeit, Preis u.- Steuererhöhungen für die große Masse

der Menschen, riesige Profite für eine Handvoll Superreiche, das ist seit je her die Devise. Und



jetzt noch dazu, in der Weltwirtschaftskrise, werden, welche Frechheit, gerade überall in der westlichen Welt, die Riesendefizite, die ein Teil der Großbanken, Versicherungen etc. „angesammelt“ haben, mit Milliarden an Steuergeldern ausgeglichen, so dass die Profite derer, die diese Defizite verursacht haben, wieder garantiert werden und die Aktionäre weiter ihre Gewinne machen.

„DIE GEWINNE PRIVATISIEREN,

die Verluste verstaatlichen“, das ist das Motto im Kapitalis-

mus. Schon seit jeher. Nun, in der größten Krise seit 1929, zeigt sich das deutlicher denn je. Und die Krise bringt ebenso eine weitere Umverteilung der Einkommen von unten nach oben mit sich. Die Weltwirtschaftskrise hat nun viele Menschen dazu gebracht, eine Kontrolle der Banken, der Fonds, eine Regulierung bzw. Begrenzung der gigantischen Spekulation zu verlangen, damit in Zukunft nicht wieder die Völker die Folgen der Finanzspekulation auszubaden haben. Nicht wenig meinen sogar, es braucht eine grundlegende Änderung der herrschenden Gesetze, ja viele meinen, des herrschenden Systems.

KEINE EINCHRÄNKUNG

Doch die Regierenden denken nicht einmal an eine wirkliche Beschränkung des Kapitalmarktes, denn die gesamte Politik richtet sich ja letztlich nach den Interessen des internationalen Finanzkapitals und ist diesem untergeordnet. So haben die Regierungschefs der 20 wichtigsten Industriestaaten „der westlichen Welt“ auf ihrem letzten Treffen nicht zufällig keinerlei verbindliche Übereinkommen zur Kontrolle der weltweiten Finanzwirtschaft beschlossen.

Sie haben, im Gegenteil, unter anderem dem „Internationalen Weltwährungsfond“ (IWF) kräftige Kapitalspritzen gegeben, damit dieser seine Kreditpolitik in der dritten Welt fortsetzen kann. Er vergibt Anleihen an die Länder der dritten Welt, mit Auflagen der Deregulierung, Privatisierung, sodass das ausländische Kapital die Werte des Landes billig aufkaufen kann. Es kommt zur Erhöhung der Zinsrate, Abwertung der lokalen Währungen, Abwälzungen der Schuldenlasten auf die Bevölkerung. Während die meisten Menschen in den Schuldnerländern des IWF (und der Weltbank) weiter verarmen, bereichert sich eine kleine herrschende Clique dort maßlos und es kommt zum Ausverkauf des Volksvermögens an ausländische Konzerne.

DIKTAT

Während also für die dritte Welt, nach westlichem Diktat, mehr privat – weniger Staat gilt, lautet das Motto bei den westlichen Industriestaaten, wie erwähnt, **stattlich (= privat) sind immer die Profite, stattlich (= staatlich) die Verluste!**

Auch bei uns wird bis heute pro-

pagiert, dass in der Wirtschaft, aber auch in Bezug auf viele öffentliche Aufgaben des Staates, die Privatisierung das Allheilmittel ist. Privatisiert wird jedoch nur was Profit bringt oder um staatliche Firmen zu ruinieren, um den Kuchen der privaten Konkurrenz hinzuwerfen. Heute, in der großen Krise, wird das klarer denn je. Alle westlichen Regierungen, in Europa ebenso wie in den USA, verstaatlichen die Verluste der riesigen privaten Institutionen der Finanzwirtschaft, das heißt, wir zahlen wieder die Zeche.

In Bezug auf die US-Politik dazu Noam Chomsky, prominenter amerikanischer Wissenschaftler. Er fragt: „Und was tun wir? (die USA). Wir machen genau das Gegenteil. Wir vergessen die Schulden, lassen sie explodieren. Wir senken die Zinsen auf Null, um unsere Wirtschaft anzuregen. Wir pumpen Geld in die Wirtschaft und schaffen so eine noch höhere Verschuldung. Wir privatisieren nicht, sondern verstaatlichen – nur nennen wir es nicht 'Verstaatlichung', wir geben der Sache einen anderen Namen, zum Beispiel 'Bailout' (Auslöse). Im Grunde handelt es sich dabei aber um Verstaatlichung ohne Kontrolle. Wir schütten unser Geld in die Institutionen. Wir haben die 'Dritte Welt' dazu gebracht, den 'Freien Handel' zu akzeptieren, während wir selbst Protektionismus akzeptieren.“ (Noam Chomsky Interview 14.04.2009 in Democracy Now in: Znet.)

MILLIARDEN FÜR DIE EINEN ...

Zur Erinnerung: Die Regierung Bush hatte noch 2008 mindestens 1.200 Milliarden Dollar als Bankenhilfspaket an die Banken verschenkt. Obama hat ebenfalls schon ca. 600 Milliarden Dollar an Steuergeldern an die „Finanzhaie“ ausgeschüttet. Das gleiche in Europa!

... ARBEITSLOSIGKEIT FÜR DIE ANDEREN

In Österreich gibt es bis heute 85 Milliarden € Haftung und 15 Milliarden € direkt für die Banken aus Steuergeldern. Die Banken, die die Kredite erhalten haben, sollen sich, so der Vertrag, bemühen, die vereinbarten Zinsen pro Jahr zurückzahlen. Ist ihre Jahresbilanz aber negativ, was bei zwei Banken 2008 der Fall war, dann werden ihnen die Zinsen erlassen. Das heißt, dass der österreichische Steuerzahler, also

wir alle, in diesem Fall um ca. 60 Millionen € allein an Zinsen für 2008 umgefallen ist. Schon jetzt drohen dem Staat durch Zinsausfälle bei Hypo Group und Volksbanken Verluste von bis zu 165 Millionen Euro – denn laut Bankenpaket müssen in Verlustjahren keine Zinsen gezahlt werden. Was für eine Frechheit! Wenn ein Kleinkreditkunde heute 5000.- € oder 1000.- € Kredit von einer Bank will, bekommt er/sie ihn oft gar nicht oder zu 8% und mehr. Und falls er/sie einmal die Kreditraten nicht zurückzahlen kann, kann dies das Fälligstellen des Kredits zur Folge haben.

Die Weltwirtschaftskrise hat in Österreich unter anderem die seit langem größte Arbeitslosigkeit zur Folge. Die Arbeitslosigkeit beträgt bei uns im Frühjahr ca. 350 000., das ist schon eine Zunahme um ca. 25 % im Vergleich zum Vorjahr. Und für Herbst werden sogar schon 500 000. Arbeitslose prognostiziert. Die offizielle Arbeitslosenrate war im Mai 2008 3,5%, für heuer wird 5,3%, für 2010 6,5% prognostiziert. Und 2011 soll es wirtschaftlich, laut Experten, noch schlechter werden!

In ganz Europa und natürlich auch in den USA müssen die Menschen wiederum für die Krise des Kapitalismus zahlen, während einige Milliarden noch mehr Milliarden scheffeln. Im übrigen haben derzeit, Monate nach den ersten tiefen Auswirkungen der in der USA ausgelösten Weltwirtschaftskrise, in der Reihung der 10 größten Konzerne der Welt (die börsennotiert sind), die 5 größten US-Konzerne an Umsatz und Marktwert gegenüber ihren Konkurrenten noch zugelegt, das heißt, sie sind noch stärker geworden. (Irgendwo müssen ja die Milliarden hingekommen sein, die anderswo fehlen).

FALSCH VERTEILUNG

Es ist also nicht so, dass kein Geld da ist, es ist nur falsch verteilt. In den letzten 10 Jahren kam es nicht nur in den USA, sondern auch z.B. in Österreich zu einer noch stärkeren Umverteilung von unten nach oben. Das ist so im Kapitalismus. In den 90iger Jahren wurden die meisten Vermögenssteuern in Österreich abgeschafft, noch unter Lacina. Die Erbschafts- u. Schenkungssteuer schaffte Finanzminister Molterer ab. Zur Reduktion der Unternehmenssteuer KÖST von 34% auf 25% kam es unter Finanzminister Grasser. Eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer,

eine gerechte Besteuerung der Privatstiftungen (25% der Erträge), eine Einführung einer Vermögenszuwachsbesteuerung und eine Vermögenssteuer auf große Privatvermögen (ab 500.000 €) würde Österreich z.B. an die 5 Milliarden € pro Jahr mehr an Steuereinnahmen bringen!

Die Umsetzung der Bildungsreform z.B. 2009 würde ca. 150 Millionen, 5000 Junglehrer ca. 230 Millionen kosten. Die Anhebung der Arbeitslosengelder von derzeit 55% des letzten Nettogehaltes auf 75% würde 1 Milliarde € kosten. (S. Wall Strasser ÖGB-Bereichsleiter für Bildung u. Zukunftsfragen Oberösterreich.) Das wäre der Beginn einer gewissen Umverteilung von oben nach unten.

Wenn wir nicht aktiv werden, wird da kaum was passieren, sondern es geht weiter wie bisher. Nicht wir sollen für die da oben zahlen! Die Krisenverursacher müssen zahlen!

Also gilt: **Stoppen wir die Umverteilung von unten nach oben!** (aus: ggae 2-09)

DIE NEUEN KOLONIALHERREN

Ein kurzer Schock. Betäubung. Entsetzen. Untergang für viele Spekulanten. Die Finanzkrise. Der Krieg der Spekulanten. Die Verluste verstaatlicht. Das bezahlen wir. Die Gewinne privatisiert. Die streifen wieder nur ein paar ein. Wie immer in Kriegen gibt es natürlich auch Kriegsgewinnler. Das Geld ist nicht vernichtet. Es ist nur umgeschichtet. Es wird munter weiter spekuliert. Nach wie vor gibt es Börsenkursnachrichten, so, als ob nichts geschehen wäre. Oben auf der Weltensuppe schwimmen jetzt andere Fettaugen, aber die kaufen jetzt nicht mehr Firmen oder ganze Konzerne, die kaufen jetzt die Welt.

AFRIKA

Von den alten Kolonialherren in den Untergang getrieben, zu einer Randexistenz der Welt gemacht steht wieder zum Ausverkauf. Auf der Suche nach fruchtbarem Ackerland und Profiten zieht es Investoren vermehrt nach Afrika: Der Sudan, der Kongo, Äthiopien, Malawi und Mosambik sind begehrte Ziele.

Von 2005 bis 2009 wurden im Sudan 1,5 Millionen Hektar Land an Ausländer verkauft. 400.000 davon gingen an den Fonds „Jarch Capital“ des ehemaligen Wallstreet-Bankers Philippe Heilberg. Im Kongo haben Ausländer 2,6 Millionen Hektar aufgekauft. Für den Sudan und den Kongo ist nicht berichtet, welche Verwendung für den gekauften Boden vorgesehen ist. Für Äthiopien ist bekannt, dass England große Flächen (ohne Hektar-Angabe) zur Erzeugung von Biotreibstoffprodukten gekauft hat. Staaten, denen es an Agrarflächen mangelt, wie Kuwait, Katar und Saudi-Arabien investieren in großem Stil in Afrika.

WIDERSTAND

Allerdings gibt es auch schon Gegenbewegungen: Im April 2009 wollte der Konzern Daewoo halb Madagaskar aufkaufen, um dort Lebensmittel zu erzeugen. Das Projekt musste zwar abgeblasen werden, aber das Interesse von Investoren an fruchtbarem Land bleibt aufrecht.

Fortsetzung auf Seite 8

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 – 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

99/08

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber,
Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen“
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

Fortsetzung von Seite 7

CHINA

Die Investmentbank Goldman Sachs und andere haben 500 Millionen Euro in Geflügel- und Schweinefarmen in China gesteckt. Die Reichen kaufen die Armen und machen mit ihnen, was sie wollen.

UND IN EUROPA?

Da gibt es ja auch Armenhäuser! „Land kaufen in Bulgarien! Spottbillig, ab 30 Cent pro qm. Höchste Wertsteigerung in der EU!“ preist ein Inserat im Internet Land im Osten an. Dabei geht es um kleinere Flächen als in Afrika, aber auch die europäischen neuen Kolonialherren können sich sehen lassen: Vermögende Ärzte und Unternehmer aus Österreich sind dabei im großen Neo-Kolonialismus und kaufen derzeit vermehrt Weingüter. Andreas Graf Bardeau, Herr auf Schloss Kornberg in der Steiermark besitzt 25.000 Hektar in Rumänien und hat weitere 50.000 gepachtet. Die Esterhazys bewirtschaften mit einem Partner 10.000 Hektar Wald in Rumänien, weitere 10.000 sollen jetzt dazu kommen. Der ehemalige Chef der Hypo Alpe-Adria, Wolfgang Kulterer und Ex-Kika-Chef Herbert Koch wollen 50 Millionen Euro aufstellen und in Osteuropa investieren. Die AGRANA bewirtschaftet in der Ukraine mehr als 1.000 Hektar, wo Erdbeeren, Weichsel und Himbeeren angebaut werden. Die Biodiesel Enns will auf einem 90.000 Hektar großen Gebiet in der Ukraine ein Raps-Projekt aufziehen.

Wenn da gesagt wird, dass „die Investitionen in benachteiligte Regionen sicher positiv sind“, trifft das in erster Linie auf die Investoren zu, die aus dem Land ihre Gewinne ziehen und abziehen.

Aber ganz so einfach wird der Deal für die Profiteure nicht werden, wie das Beispiel Madagaskar zeigt oder das geplatze Projekt der Bundesforste in Russland. 2006 mussten sich die Bundesforste aus einem 176.000 Hektar großen Waldprojekt unter Verlust zurückziehen, weil Russland die Exportzölle erhöht hatte, damit sein Holz nicht billig außer Landes geschafft werden konnte.

Die Kapitalisten sind wie die vielköpfige Hydra. Wird ihr ein Kopf abgeschlagen, wachsen sieben wieder nach. Aber das wird ihnen nichts nützen, wenn wir solidarisch sind und uns nicht mehr alles gefallen lassen. (aus ggae 2-09)

SPENDENAUFRAF

Wir haben die letzten Male an viele neue Interessierte unsere Zeitung geschickt.

Bitte geben Sie uns durch eine Spende, Abzahlung, per Post oder E-Mail (Adresse siehe Seite 1) ein Zeichen, dass Sie die Zeitung weiter beziehen wollen.

Danke. Mit solidarischen Grüßen.
Österr. Solidaritätskomitee

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

EUR

ÖSTERREICHISCHES

SOLIDARITÄTSKOMITEE

SPENDE

ABO

E-Mail Adresse

004

00079348267+ 000600000>

40+

004